

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

Und der Amazonas brennt...

Warum wir mehr über Klimamigration in Lateinamerika reden müssen

Von Diogo Serraglio
und Benjamin Schraven,
*Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)*

Die aktuelle Kolumne

vom 09.09.2019

Warum wir mehr über Klimamigration in Lateinamerika reden müssen

Bonn, 09.09.2019. Die in den Regenwäldern des Amazonasgebietes wütenden Feuer halten die Welt derzeit in Atem. Und das nicht nur, weil die von den G7-Staaten angebotenen Hilfgelder für Löscharbeiten zu einigen diplomatischen Wirren geführt haben. Die Sorge um die möglichen Folgen der Brände in der „grünen Lunge unserer Erde“ für das globale Ökosystem ist groß. Auffällig ist bei der Berichterstattung über die Feuer im Amazonas-Becken, dass die lokalen Auswirkungen der Umweltkatastrophe eher selten angesprochen werden. Generell spielt Lateinamerika, wenn es um die Auswirkungen von Umwelt- und Klimawandel geht –zumindest in Deutschland und Europa – nur eine untergeordnete Rolle. Eine Suche bei der deutschen Ausgabe von Google News ergibt für die Suchwörter "Klimaflüchtlinge" und "Afrika" weit über 2000 Treffer, während es für "Klimaflüchtlinge" und "Lateinamerika" weniger als 200 sind. Gerade auch beim Thema klimabedingte Flucht oder Migration denken die meisten Menschen eher an Teile Afrikas oder an die pazifischen Inselstaaten. Es wäre allerdings ein Fehler, Lateinamerika bei diesem Thema zu ignorieren.

Lateinamerika und die Karibik gehören zu den Regionen der Welt, die am schlimmsten von den negativen Folgen des globalen Klima- und Umweltwandels betroffen sind. Zu den eher schleichenden Folgen zählen nicht nur der Verlust von Wäldern, sondern auch das Schmelzen der Anden-Gletscher, Veränderungen der Regenmengen und -art in ganz Lateinamerika, die Gefahr von Wüstenbildung in weiten Teilen Brasiliens oder Chiles sowie der Anstieg des Meeresspiegels. Letzterer bedroht auch Millionenstädte wie Rio de Janeiro oder Buenos Aires. Hinzu kommen plötzlich einsetzende Naturkatastrophen, die häufiger oder intensiver als früher auftreten: Flutereignisse und Wirbelstürme, die vor allem die Karibik und Teile Mittelamerikas treffen. Sie führen nicht nur zu einer Bedrohung für Menschenleben, sondern auch zu Beeinträchtigungen der landwirtschaftlichen Produktion oder der Wasserversorgung. Dies trifft in erster Linie arme Bevölkerungsgruppen, die oftmals kaum in der Lage sind, sich vor Ort an die schwerwiegenden Veränderungen anzupassen. Migration ist deshalb nicht selten die Folge. Nach Angaben des Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC) war die Anzahl der Menschen, die im Jahr 2018 in Lateinamerika zumindest vorübergehend ihre Heimat in Folge von Naturkatastrophen verlassen mussten, mit 1,7 Millionen Menschen etwa vier Mal so hoch wie die Zahl der Menschen, die in der Region vor bewaffneten Konflikten auf der Flucht

sind. Aber auch bei anderen Formen menschlicher Mobilität wie etwa der Arbeitsmigration spielen die Folgen von Klima- und Umweltwandel eine immer größere Rolle – wobei sich die Migration in den allermeisten Fällen innerhalb der betroffenen Länder oder Regionen abspielt. Leider ist die Forschung zu durch den Klimawandel bedingter menschlicher Mobilität in Lateinamerika im Vergleich zu anderen Weltregionen noch nicht weit fortgeschritten.

Auch auf der politischen Ebene wird die besondere Herausforderung der „Klimamigration“ im lateinamerikanischen Kontext kaum adressiert. Zwar erwähnen zum Beispiel Brasilien und der karibische Inselstaat Santa Lucia in ihren nationalen Programmen zur Anpassung an den Klimawandel Migration. Allerdings enthalten die Pläne nur vage Absichtserklärungen. So soll das Verständnis dieses Phänomens verbessert werden. Auch bei den nationalen Klimaschutzzielen der anderen süd-, mittelamerikanischen und karibischen Länder spielt Migration kaum eine Rolle. Gerade einmal sechs Länder erwähnen Migration als Anpassungsmaßnahme – freilich ohne allzu konkret zu werden. Dabei haben die Auswirkungen des Klimawandels – gerade auch in Form von menschlicher Mobilität – durchaus das Potential, soziale Ungleichheiten weiter zu verschärfen. Und die soziale Frage hatte in Lateinamerika schon immer eine ganz besondere Brisanz. Trotz guter Fortschritte bei der sozialen, ökonomischen und politischen Entwicklung in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten, bleibt die soziale Ungleichheit in diesem Erdteil nach wie vor sehr hoch.

Auch wenn man bei den Folgen des Klimawandels in Europa eher weniger an Lateinamerika denkt, so zeigt der Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und den südamerikanischen MERCOSUR-Staaten im Juni dieses Jahres allerdings eines doch recht deutlich: In Deutschland und Europa misst man Lateinamerika eine große wirtschaftliche und auch geopolitische Bedeutung bei. Daher wäre mehr wissenschaftliche und auch politische Kooperation zwischen beiden Erdteilen bei den Themen Klimawandel und Migration eine durchaus lohnenswerte Investition, um nachhaltigere und sozial inklusivere Entwicklungsperspektiven zu schaffen. Eine tiefergehende Beschäftigung von Politik und Wissenschaft mit diesen Themen würde nicht zuletzt auch einen Beitrag dazu leisten, dass klimabedingte Migration in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit stärker als ein Phänomen anerkannt wird, das alle Erdteile betrifft.